

Vom Kaiserreich zum Dritten Reich

1871 – 1933

Rudolf Heitefuss



Proklamation Kaiser Wilhelms I. am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles

Gemälde von A. von Werner

Im Krieg zwischen Deutschland und Frankreich 1870 / 71 fiel die Entscheidung zugunsten Deutschlands praktisch mit der Schlacht bei Sedan am 1. September 1870 und der Gefangenschaft des französischen Kaisers Napoleon III. Im Januar 1871 standen die deutschen Truppen vor Paris, das von der Artillerie beschossen, aber nicht besetzt wurde. Am 18. Januar fand im nahegelegenen Versailles die Kaiserproklamation statt. Neben Preußen und den anderen Ländern des Norddeutschen Bundes nahmen daran die Verbündeten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen teil. Bismarck verlas die Kaiserproklamation, darauf brachte der Großherzog von Baden ein „Hoch“ auf „Seine Majestät Kaiser Wilhelm“ aus. Bismarck hatte sein Ziel erreicht, er wurde zum Reichskanzler ernannt.



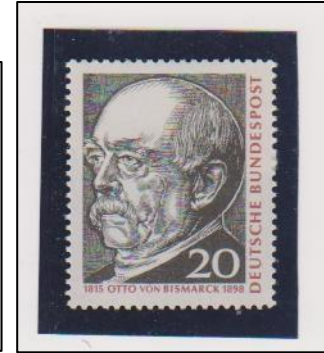
Seid Einig. Einig Einig !

1900



Ein Reich ein Volk ein Gott

1900



Otto von Bismarck

1965

Die Franzosen empfanden diesen deutschen Staatsakt in Versailles immer als Demütigung. Hinzu kamen die harten Bedingungen des Vorfriedens von Versailles vom 26. Februar 1871, der endgültige Friedensvertrag wurde am 10. Mai 1871 in Frankfurt abgeschlossen. Frankreich musste eine hohe Kriegsentschädigung zahlen und Elsass-Lothringen an das Deutsche Reich abtreten.

Die Zeit des Kaiserreiches war u.a. geprägt durch die zunehmende Industrialisierung und den Übergang vom Agrar- zum Industriestaat. Die nach dem Kriege von Frankreich zu zahlenden Reparationen verursachten zunächst ein übersteigertes Wirtschaftswachstum, das schon 1873 zu einer mehrjährigen Wirtschaftskrise führte. Am 1. Januar 1876 wurde die Mark als neue Währungseinheit im gesamten Reichsgebiet eingeführt, sie ersetzte die verschiedenen Währungen der Länder, wie Taler, Gulden oder Kreuzer.



Gulden
1872



Kreuzer
1872



Mark
1875



Germania Reichspost
1900



Germania Deutsches Reich
1902 - 1922



100 Jahre Reichsgründung
1971

Die innen- und außenpolitische Entwicklung wurde bis 1890 durch Otto von Bismarck als Reichskanzler bestimmt. Im „Kulturkampf“ ging es um Beschränkung des Einflusses der katholischen Kirche durch die Trennung von Staat und Kirche, die Zivilehe wurde eingeführt. Das „Sozialistengesetz“ verfolgte das Ziel, den Einfluss der Sozialdemokratie zurück zu drängen. Bereits 1869 hatte August Bebel zusammen mit Wilhelm Liebknecht die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet, 1892 wurde er einer der beiden Vorsitzenden der SPD. Um der sozialistischen Bewegung den Nährboden zu entziehen, leitete Bismarck 1883 die Sozialgesetzgebung mit der Einführung der Krankenversicherung, 1884 mit der Unfallversicherung und 1888 mit der Invaliditäts- und Altersversicherung ein.

Außenpolitisch versuchte Bismarck das Reich durch ein kompliziertes Bündnissystem abzusichern. 1879 schloss er mit Österreich-Ungarn den „Zweibund“ ab, der vorsah, dass sich die Bündnispartner bei einem Angriff Russlands mit ihrer gesamten Streitmacht zu Hilfe kommen sollten. 1882 trat Italien dem Bündnis zum „Dreibund“ bei, der vor allem zur Sicherung gegen Frankreich gedacht war. 1887 schloss Bismarck allerdings mit Russland den streng geheimen „Rückversicherungsvertrag“ ab, der beide Partner zu „wohlwollender Neutralität“ im Kriegsfall verpflichtete, falls Russland unprovokiert von Österreich-Ungarn, Deutschland unprovokiert von Frankreich angegriffen würde. Unter Kaiser Wilhelm II wurde dieser Vertrag 1890 nicht verlängert, das Bündnissystem Bismarcks war den Nachfolgern zu kompliziert. Vor allem der Kaiser setzte auf eine starke Rüstung Deutschlands als besserem Schutz.

Meinungsverschiedenheiten mit dem Kaiser führten 1890 zu Bismarcks Entlassung. Die folgende Zeit bis zum Beginn des I. Weltkrieges wird auch als „Wilhelminische Epoche“ bezeichnet. Der Kaiser wollte mit seiner Politik dem Deutschen Reich „einen Platz an der Sonne“ verschaffen. Vor allem die Kriegsmarine wurde unter dem Großadmiral von Tirpitz stark ausgebaut, was zur Verstimmung in England sorgte und zur „Einkreisung“ Deutschlands beitrug. Wirtschaft und Wissenschaft erlebten in dieser Zeit einen erheblichen Aufschwung. Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften wurde 1911 gegründet. Zahlreiche Nobelpreisträger trugen dazu bei bzw. sind aus ihr später hervorgegangen.

Am 1. August 1914 brach der erste Weltkrieg aus. Anlass war die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Frau in Sarajewo. Österreich-Ungarn und Deutschland sahen sich alsbald der Allianz von Serbien, Russland, Frankreich und Großbritannien gegenüber. Das blutige Ringen sollte vier Jahre dauern. Als 1917 auch noch die USA an der Seite der Alliierten in den Krieg eintrat, war der Kampf für Deutschland verloren. Das Friedensdiktat von Versailles brachte für Deutschland schwere Gebietsverluste und Reparationszahlungen.

Die Republik Deutschland wurde am 9. November 1918 in Berlin gleich zweimal ausgerufen, vom SPD Politiker Philipp Scheidemann und vom Führer des Spartakusbundes Karl Liebknecht. Die Proklamation Scheidemanns setzte sich durch. Am 19. Januar 1919 fand die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung statt, die ab 6. Februar in Weimar tagte und Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten wählte. Dieses Amt hatte er bis zu seinem Tode 1925 inne. Zu seinem Nachfolger wurde Paul von Hindenburg gewählt.



Nationalversammlung
Weimar 1919



Friedrich Ebert
1928



Paul von Hindenburg
1925



1935

Die folgenden Jahre waren durch innerpolitische Unruhen und wirtschaftliche Schwierigkeiten gekennzeichnet. Einschneidend war vor allem die Inflation, die 1922 mit der immer schneller werdenden Geldentwertung einsetzte. Der Wechselkurs der Mark gegenüber dem Dollar stieg ins Unermessliche. Eine radikale Währungsreform ließ sich nicht mehr vermeiden. Am 15. November 1923 wurde die Umstellung zur Rentenmark vorgenommen. Eine Billion Mark entsprach nun 1 Rentenmark.



Inlandsbriefporto 20gr
Vom 1.-31.Juli 1923



Vom 1.Okt. – 10.Okt. 1923



Inlandsbriefporto 20gr
vom 12. – 20. Nov. 1923



10 Rentenpfennig
Inlandsbriefporto ab 1. Dezember 1923



Gustav Stresemann
1878 - 1929

In den Jahren 1924 bis 1929 erlebte die Weimarer Republik eine Phase relativer Stabilität. Gustav Stresemann, der 1923 zunächst Reichskanzler im Kabinett Luther, dann Außenminister war, erreichte im Vertrag von Locarno 1925 eine Verständigung mit Frankreich und 1926 die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Zusammen mit dem französischen Außenminister Briand erhielt er im selben Jahr den Friedensnobelpreis. Am 3. Oktober 1929 verstarb Stresemann an den Folgen eines Schlaganfalls.

Im Oktober 1929 setzte mit dem New Yorker Börsencrash die Weltwirtschaftskrise ein. Starker Rückgang der Industrieproduktion und des Welthandels führten zur Zahlungsunfähigkeit vieler Unternehmen und auch in Deutschland zu verstärkter Arbeitslosigkeit, die von knapp 3 Millionen Erwerbslosen 1929 auf mehr als das Doppelte 1932 anstieg. Nicht zuletzt die damit zusammenhängenden Probleme verstärkten den Zulauf zu den Nationalsozialisten, am 30. Januar 1933 ernannte Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Die folgenden 12 Jahre sollten das Deutsche Reich in den Abgrund führen.



Luftschiff Graf Zeppelin
Polarfahrt 1931



1. Marke mit Hakenkreuz
1934

Literatur

Sebastian Haffner, Von Bismarck zu Hitler, Kindler Verlag München, 1987

Wikipedia 2015